

Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepaltenen Zeilen ober deren Raum 30 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 20 Pfg., auswärtsige Anzeigen 35 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 273.

Dienstag, den 20. November 1917.

24. Jahrg.

Kartoffelreichtum und doch Kartoffelnot.

Von Hermann Krähig.

In Bielefeld hat der Landrat Dr. Bechhaus die sensationelle Mitteilung gemacht, daß die Nachschätzung des Ergebnisses der Kartoffelernte ein derartig trübes Bild ergeben habe, daß mit einer Mißernte zu rechnen wäre — vorausgesetzt, daß diese Nachschätzung richtig ist. Die Berliner Zentralstellen für Ernährungsfragen sollen aber nicht an diese Mißernte glauben, sondern ganz bestimmt annehmen, daß riesenhafte Mengen von Kartoffeln zurückgehalten werden, um sie zu verfüttern oder sie im Wege des Schleichhandels zu Ruhezpreisen zu verkaufen. Man braucht sich nicht zu wundern, daß die Berliner Einwohner, die auf knappe Rationen angewiesen sind, von Zern erfaßt werden, wenn sie von jener sensationellen Mitteilung Kenntnis erlangen. Denn es heißt doch wirklich leugnen, daß des Mittags die Sonne am Himmel steht, wenn man den Zentralstellen für Ernährungsfragen durch die Nachschätzung des Erntergebnisses zu suggerieren sucht, wir hätten auch in diesem Jahre eine Kartoffelmisernte. Dabei weiß es, man möchte jagen, fast alle Welt, daß wir eine Riesentartoffelernte haben.

Die Zentralbehörden für Ernährungsfragen glauben es auch angeblich nicht, daß die Nachschätzung richtig ist. Schön! Aber ist das alles, was diese Behörden jenem ständischen Nachschätzungs-schwindel gegenüber tun wollen? Nein! Es soll noch etwas geschehen; etwas allerdings, was die großstädtischen Empfänger der knappen Rationen nicht jact macht. Jene Zentralstellen hatten nämlich die Absicht gehabt, sowie die Bevölkerung mit Kartoffeln versorgt war, die überfließenden Kartoffeln zur Verfüttung freizugeben; das soll jetzt unterbleiben. Man weiß nicht, was man mehr bestaunen soll: Die Unverfrorenheit der Kartoffelerzeuger oder die geradezu unfaßbare Naivität der Zentralstellen. Die Kartoffelerzeuger, die bei der Nachschätzung sozial Kartoffeln unterschlagen haben, werden sich, wenn sie die Kartoffeln verfüttern wollen, den Teufel darum sperren, ob die Kartoffeln zum Verfüttern freigegeben sind oder nicht; sie werden die Kartoffeln in diesem Jahre genau so verfüttern, wie sie die Riesenernte vor zwei Jahren verfüttert haben, und wie sie im vorigen Jahre die enormen Mengen Brotgetreide verfüttert und dadurch unser Land an den Rand des Abgrundes brachten.

Warum schreiten die Zentralstellen nicht zur sofortigen Beschlagnahme der Kartoffeln? Wissen die sogenannten Zentralstellen denn nicht, daß die auf so geringe Rationen gesetzte Berliner Bevölkerung auf diese Nachschätzung der Kartoffelernte ihre letzte Hoffnung, nämlich die Hoffnung setzte, nach dem Feststehen des Ergebnisses der Nachschätzung der Kartoffelernte, mindestens ein halbes Pfund Kartoffeln pro Kopf und Tag mehr zu bekommen? Im August dieses Jahres, als die neuen Kartoffeln zur Verteilung kamen, da hieß es, es gibt zunächst auch nur ein Pfund pro Tag. Von der Nachschätzung der Ernte im Herbst wird es dann abhängen, ob eine größere Ration gegeben werden kann. Man gab sich damals zufrieden. Es gab im August und September ja noch reichlicher Gemüse. Es gab auch reichlicher Obst, und der Magistrat verteilte noch alle Wochen Mühlenfabrikate oder Teigwaren. Butter gab es mehr wie heute und auch mehr und billigere Eier. Aber nun rennen die armen Frauen täglich vergebens nach Gemüse herum. Die Gemüseläden sind meist gemüseler, daß sich eine Maus Blutblasen laufen kann, ehe sie ein Gemüselblatt findet. Alles wurde in letzter Zeit alle, und nur die Hoffnung blieb, daß doch nun, nach dieser Riesentartoffelernte, die Kartoffelrationen erhöht werden würden, um wenigstens dadurch einen Ausgleich für das fehlende Gemüse und die knapper werdenden Mühlenfabrikate zu erhalten. Wie ein Bombenschlag muß jetzt jene Mitteilung des Bielefelder Landrats wirken, auf alle die, die ihre letzte Hoffnung schwinden sehen, schwinden sehen durch den empörenden Riesenschwindel der Nachschätzung.

Macht man sich in den Zentralstellen eine Vorstellung davon, welche Not in der Berliner Einwohnerschaft besteht? Und macht man sich eine Vorstellung, wie diese Nachricht des Bielefelder Landrats auf die Stimmung der Berliner Arbeiter, Handwerker- und Beamtenfrauen wirken wird? Ein Verbrechen wäre es an unserem Volk, an unserem Land, wenn man jetzt nicht sagen würde: „Bis hierher und nicht weiter!“ Es ist die höchste, die allerhöchste Zeit, daß die Ernährungsbehörden ihren unerhörten Schlenbrian ausgeben. Ist es denn den Männern in den Zentralstellen nicht klar, daß wir heute, wo wir fast nur auf die Kartoffel angewiesen sind, unmöglich mit demselben Quantum auskommen können, das man uns vor zirka zwei Jahren zum erstenmal zumah, wo wir noch erheblich mehr an deren Lebensmittel hatten? Ja, wenn es nicht anders sein könnte, wenn wir wirklich eine Kartoffelmisernte hätten, nun ja, da können wir von den Zentralbehörden nicht mehr verlangen, wie da ist. Aber wir haben eine Riesentartoffelernte in fast allen Teilen des Reiches, und da ist es ein

unerträgliches Gedankes, das Gefühl des Hungers herumzuschleppen zu sollen in dem Bewußtsein, daß die Ursache dazu nur darin liegt, daß die Behörden wiederum verjagen. Sofortige Beschlagnahme der ganzen Kartoffelernte, sofortige Erhöhung der Kartoffelration, das ist das Gebot der Stunde!

Das Schindluderpiel, das die Geldhämster seit drei Jahren schon getrieben haben, muß endlich ein Ende nehmen.

Die Lage in Rußland.

Die letzten Nachrichten aus Rußland betonen häufiger als bisher, daß Kerenskis Spiel verloren habe. Gestern traf nach „Stockholms Tidningen“ sein Privatsekretär in Stockholm ein, dem es gelungen war, mit einem falschen Paß aus Rußland zu entfliehen. Auch er bestätigte die Behauptung anderer Reisenden, daß Kerenski geflohen ist und die Maximalisten die Stadt Petersburg beherrschen. Die Nachricht von Kornilows Teilnahme an dem Kampfe bezeichnete er als unrichtig. Dagegen sei es wahr, daß Kaledin das Dongebiet beherrsche. Das Vorgehen des Kosakengenerals Kaledin tritt in den Berichten immer mehr in den Vordergrund. Der ganze Kampf zwischen Lenin und Kerenski scheint zu einem solchen zwischen Lenin und Kaledin abgelöst zu werden. Der Kosakengeneral geht nach verschiedenen Aussagen darauf aus, einen regelrechten Bürgerkrieg gegen Petersburg zu führen. Darum besetzte er die Kohlengebiete des Donez, weil er dadurch einen Druck auf den ganzen Eisenbahnbetrieb Rußlands ausüben kann. Auch Charlow ist von seinen Truppen genommen worden. Diese hielten dort 200 Eisenbahnwagen und Lebensmittel zurück, die für Petersburg bestimmt waren. Die Lebensmittelnot in der Hauptstadt soll schon sehr groß sein.

Berfügt Kaledin über so viele ihm ergebene Truppen, wie es hiernach den Anschein hat, dann besteht hier in der Tat den Maximalisten eine neue Gefahr.

Um so mehr ist zu wünschen, daß die Meldungen über eine Einigung der Sozialisten zutreffen, trotzdem sie von anderer Seite bestritten werden. Denn nichts kann jetzt mehr die Revolution gefährden, als ein sich selbst zerfleischendes Proletariat.

Das Blatt „Daily Chronicle“ erfährt aus Petersburg, daß die Truppen, die 1500 Kosaken Kerenskis zwischen Gatschina und Jaroslawe Selo schlugen, 16 000 Mann zählten. In Moskau begann der Kampf am 10. d. Mts. Die Truppen der Regierung bestanden aus 3000 Soldaten, Kadetten und Studenten. Sie verfügten über drei Kanonen, eine große Anzahl Gewehre und einige Maschinengewehre. Von den 100 000 Mann der Garnison waren ungefähr 15 000 auf der Seite der Bolschewiki. Die übrigen blieben in den Kasernen, andauernd im Zentrum der Stadt. Bis zum 14. November kamen 3000 Personen um, in der Hauptsache friedliche Bürger. Die Kathedrale im Kremi wurde zerstört und die Bakulustirke in Brand geschossen.

Der „Daily Telegraph“ meldet aus Petersburg: Die Bolschewiki haben in Petersburg die Oberhand. Kerenskis Kosaken schlossen mit ihnen in Gatschina und Jaroslawe Selo einen Waffenstillstand. Der Führer der Kosaken, Krasnow, erbot sich, Kerenski und seine Vorbereitungen dazu entkam Kerenski, man weiß nicht, wo er sich aufhält. Es scheint, daß alle Parteien ihn haben fallen lassen. General Duchonin übernahm das Kommando über die Bolschewiki, die mit klingendem Spiel in Petersburg einzogen. Die Bevölkerung verhält sich still. Seit Montag verkehrt in Petersburg die Straßenbahn wieder. Seit Mittwoch sind die Privatkliniken wieder zwei Stunden täglich geöffnet.

Das „Daily Chronicle“ meldet aus Petersburg: In Kiew wurden vereinzelte Kämpfe geliefert, wobei die Stadt wiederholt von einer Hand in die andere überging.

Maßnahmen zur Wiederherstellung der Ordnung.

Kenter meldet aus Petersburg vom 18. November, daß die Arbeiterziehung ein Manifest veröffentlichte, in dem verlangt wird, alle politischen Gefangenen in Freiheit zu setzen, die Schredensherrschaft zu beenden, die Pressefreiheit wiederherzustellen und für die öffentliche Sicherheit Maßregeln zu treffen. Ferner wird gefordert, daß dem Gemeinderat ausreichende bewaffnete Macht zur Verfügung gestellt wird, um die Ordnung zu handhaben. Inzwischen richten die Bewohner von Petersburg einen eigenen Sicherheitsdienst ein, um die Häuser während der Nacht zu bewachen. In einigen Tagen werden die Vorräte an Lebensmitteln und Viehfutter infolge der allgemeinen Unordnung und Zerstörung der Eisenbahnanlagen aufgebraucht sein. Die Beamten des Finanzministeriums versorgten sich, die Staatskassen den Maximalisten auszuhändigen. Die Direktoren der Staatsbahnen wurden verhaftet und später wieder in Freiheit gesetzt. Der amerikanische Botschafter ersuchte um einen Zug zur Ueberführung von 200 Amerikanern aus Petersburg nach Charbin.

Verhaftung des früheren Ministers des Auswärtigen Keratow.

Neuermeldung: Der frühere Minister des Auswärtigen, Keratow, wurde von den Maximalisten verhaftet.

Die Lage in Rußland noch ungeklärt.

Im Unterhause erklärte Balfour auf eine Anfrage, die Lage in Rußland sei noch ungeklärt, obwohl es scheine, daß die Extremisten in Petersburg und Moskau die Bildung einer Koalitionsregierung hätten bisher zu keinem Ergebnis geführt. Die Anfang voriger Woche unterbrochene Telegraphenverbindung mit dem britischen Botschafter in Petersburg sei wiederhergestellt. Der britische Botschafter bleibt auf seinem Posten.

Die Kriegslage.

In Flandern steigerte sich am 18. November auf der Hauptkampfront das Feuer zeitweise zu größerer Stärke. Besonders in der Nachmittags- und Abendstunde war das Artilleriefeuer verbunden mit kräftigen Feuerüberfällen und planmäßigen Zerstückungsversuchen durch schwere Kaliber in der Gegend von Kieuport wesentlich lebhafter als an den Vortagen. Zwischen der Straße Paeskapelle — Westroosebeke und der Bahn Ypern — Roulers sowie bei Diermuide blieb das feindliche Feuer auch nachts stark und steigerte sich am Morgen des 19. November östlich von Wasjendaele weiter. An der Bahn Boesinghe — Staden und nördlich von Wasjendaele vorstehende feindliche Patrouillen wurden unter schwerem Verlust abgewiesen, während eigene Patrouillen Gefangene einbringen konnten.

Auch im Artois sowie in der Gegend von St. Quentin lag auf verschiedenen Frontstellen lebhafteres Feuer. Nordöstlich Soissons war gegen Abend und im Laufe der Nacht die Feuer-tätigkeit ebenfalls lebhafter als an den Vortagen. In der Champagne gingen nach heftiger Feuerbereitung westlich Tahure feindliche Patrouillen gegen unsere Stellungen vor; sie wurden bereits durch unser guttlegendes Scharfeuer abgewiesen.

Nordöstlich von Asiago und zwischen der Brenta und Piave versuchten die Italiener teils durch Massenangriffe kräftige Kräfte, teils durch zähen verzweifelten Widerstand, das weitere Vordringen der Verbündeten mit allen Mitteln aufzuhalten. Während in der Gegend von Asiago die mehrfach wiederholten tiefgegliederten Angriffe gegen die von uns eroberten Höhen unter außerordentlich schweren, blutigen Verlusten scheiterten, vermochten auch der hartnäckigste Widerstand der Italiener in ihren stark ausgebauten Gebirgsstellungen dem Angriff unsere unaufhaltsam durch schweres Gelände vordringenden Truppen nicht standzuhalten. Deutsche und österreichisch-ungarische Truppen eroberten nach heftigem Kampfe die auf dem Westufer der Piave gelegenen, mit allen Verteidigungsmitteln ausgebauten Höhen bei Luero und den nordwestlich vorgelagerten Monte Cornelle. Es wurden wiederum über 1100 Italiener gefangen genommen.

Die Heeresberichte.

W.B. Berlin, 19. November, abends. (Amtlich.) In Flandern lebhafter Feuerkampf vom Houthoufflers-Walde bis Zandvoorde.

Ein Teilangriff der Franzosen am Chaume-Walde wurde abgewiesen.

Im Osten nichts Besonderes.

Heftige Kämpfe im Gebirge zwischen Brenta und Piave.

Wien, 19. November. (Amtlich.)

Italienischer Kriegsjahraplaß.

Im Bergland südlich Zellere eskurierten Truppen des Generals Alfred Krauß vorgehen in heftigen bis in die Nacht andauernden Kämpfen das Dorf Quere und den Monte Cornella. Der Feind ließ über 1100 Gefangene in unserer Hand. Der Erfolg der gestern durch weiteren Raumgewinn ausgebaut wurde, ist vor allem dem heroischen Zugreifen des bosnisch-herzegominischen Infanterie-Regiments Nr. 2 und deutscher Sturmabteilungen zu danken. Nordöstlich Gallio brachen abermals mehrere italienische Angriffe blutig zusammen.

Deutscher Kriegsjahraplaß.

Unverändert.

Albanien.

In Albanien führte ein Sturmtruppenunternehmen bosnisch-herzegominischer Jäger gegen den italienischen Stützpunkt Ferras an der unteren Bojusa zu einem vollen Erfolg. Die weit überlegene Besatzung wurde verjagt; beträchtliche Beute erbeutet.

Italienischer Heeresbericht.

Am 18. November. Auf der Hochfläche von Asiago setzte der Feind in der Nacht zum 17. November seinen Versuch fort, unsere Linie Monte-Simcol—Monte-Castell-Umberto zu durchbrechen. Er griff in der Richtung Monte Zomo, östlich von Gallio, an. Der übermal wiederholte Angriff wurde glatt abgeschlagen. Weiter nördlich in der Richtung auf Caferla-Melitta eroberten unsere Abteilungen die vorgeschobenen Stellungen zurück. Zwischen Brenta und Piave nötigte am 18. November abends der Druck verhärteter feindlicher Massen unsere Truppen, einzelne vorgeschobene Posten nach erbittertem, glänzendem Widerstand in guter Ordnung aufzugeben. Gestern vertrieb längs der Piave eine Abteilung den Feind vollständig aus der Jagare-Gegend. Die dreizehnte Infanteriebrigade (Pinerole) wies einen Angriff der Feinde mit blutigen Verlusten zurück und trieb den Feind immer mehr in die Flugschlufe hinein. Uebergangversuche an anderen Punkten wurden vereitelt. Auf dem rechten Piave-Ufer nahmen wir am 16. November und 17. November 51 Offiziere und 1212 Soldaten gefangen und erbeuteten 27 Maschinengewehre.

Der Seerrieg.

Kein deutsches Minensuchboot von den Engländern versenkt. Berlin, 19. November. (Amtlich.) Nach dem amtlichen Bericht der englischen Admiralität soll bei dem Geschoß vor der Deutschen Bucht am 17. ds. Mts. von den Engländern ein deutsches Minensuchboot versenkt worden sein. Diese Behauptung ist unzutreffend. Es ist keines unserer Minensuchfahrzeuge von den Engländern versenkt worden. Dagegen wird ein Fischdampfer versenkt, um den es sich in der englischen Bekanntmachung handeln dürfte.

Die Kämpfe im Orient.

Jaffa von den Engländern besetzt. Die englischen Truppen besetzen nach einer Londoner Meldung Jaffa, ohne Widerstand zu finden. Die Türken ziehen sich in nördlicher Richtung zurück.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Argentinien und Deutschland.

Wie die „Frankf. Ztg.“ dem „Temps“ entnimmt, hat der argentinische Gesandte in Berlin, Herr Molina, seiner Regierung telegraphiert, daß der deutsche Staatssekretär v. Kühlmann ihm wegen der letzten Telegramme Luzburgs, die von der Washingtoner Regierung veröffentlicht wurden, folgende Erklärung abgegeben habe:

Die Kaiserliche Regierung, die in dem Fall der früher veröffentlichten Telegramme die durch Luzburg in diesen Telegrammen geäußerten Gedankengänge und Wünsche lebhaft bedauert, hofft die herzlichsten Beziehungen zwischen Argentinien und Deutschland aufrecht zu erhalten und immer enger zu knüpfen.

Der Staatssekretär habe dem Gesandten auch folgende Erklärung abgegeben:

„Die Schlüsse, die unsere Feinde aus den Telegrammen des Grafen Luzburg hinsichtlich Brasiliens ziehen, sind durchaus unbegründet. Deutschland hat niemals andere Bestrebungen gehabt und wird niemals andere haben, als in diesen Ländern keinen Handel durch friedliche und gesetzmäßige Mittel zu entwickeln.“

Der argentinische Präsident Frzizgoyen sei nach diesen Erklärungen der Ansicht, daß kein Anlaß vorliegt, die gegenwärtige Haltung Argentinien zu ändern.

Die Friedenskonferenz in Bern.

Havas meldet aus Bern: Die auf den 19. November nach Bern zusammenberufene internationale Studienkonferenz wurde auf einige Wochen vertagt. Eine Anzahl hervorragender Teilnehmer, die zum Teil bereits in Bern eingetroffen sind, beschloß die Abhaltung einer freien Vorbesprechung über die künftige Gestaltung der Völkerverhältnisse nach dem Friedensschluß. Die Vorbesprechung ist gedacht als Vorbereitung auf die für ein späteres Datum angelegte Studienkonferenz. Die Vollerversammlung der Teilnehmer der Besprechung findet nach verschiedenen Kommissionsberatungen am 22. November im Kasino in Bern statt.

Im Zusammenhang hiermit seien folgende Auslassungen der „Nordd. Allg. Ztg.“ wiedergegeben: Wie bekannt, nahm die deutsche Regierung zur Konferenz der Organisation für den dauernden Frieden, die Anfang November stattfinden sollte, eine freundliche Haltung ein. Sie erklärte sich grundsätzlich bereit, Durchreiseraubnisse und Pässe zu gewähren. Umgekehrt erklärte sowohl Sonnino wie Salsour, daß die Entente keine Pässe erteile. Bei dieser Sachlage würden zumal gewisse Neutrals, namentlich Norwegen, nicht das „Odium“ (!) auf sich nehmen wollen, mit den Deutschen allererst zu verhandeln. Die Konferenz wurde auf unbestimmte Zeit vertagt. Angesichts der klaren Sachlage finden sich weisheitsvolle Zeitungen, die behaupten, daß die Konferenzverschlebung auf die Tatsachen zurückzuführen ist, daß die deutsche Regierung Telegramme des Zentralkomitees nach Holland und Skandinavien nicht passieren lasse. Die Behauptung ist zur Verdunkelung des wahren Sachverhalts erfunden.

Kabinettsstrie in Portugal.

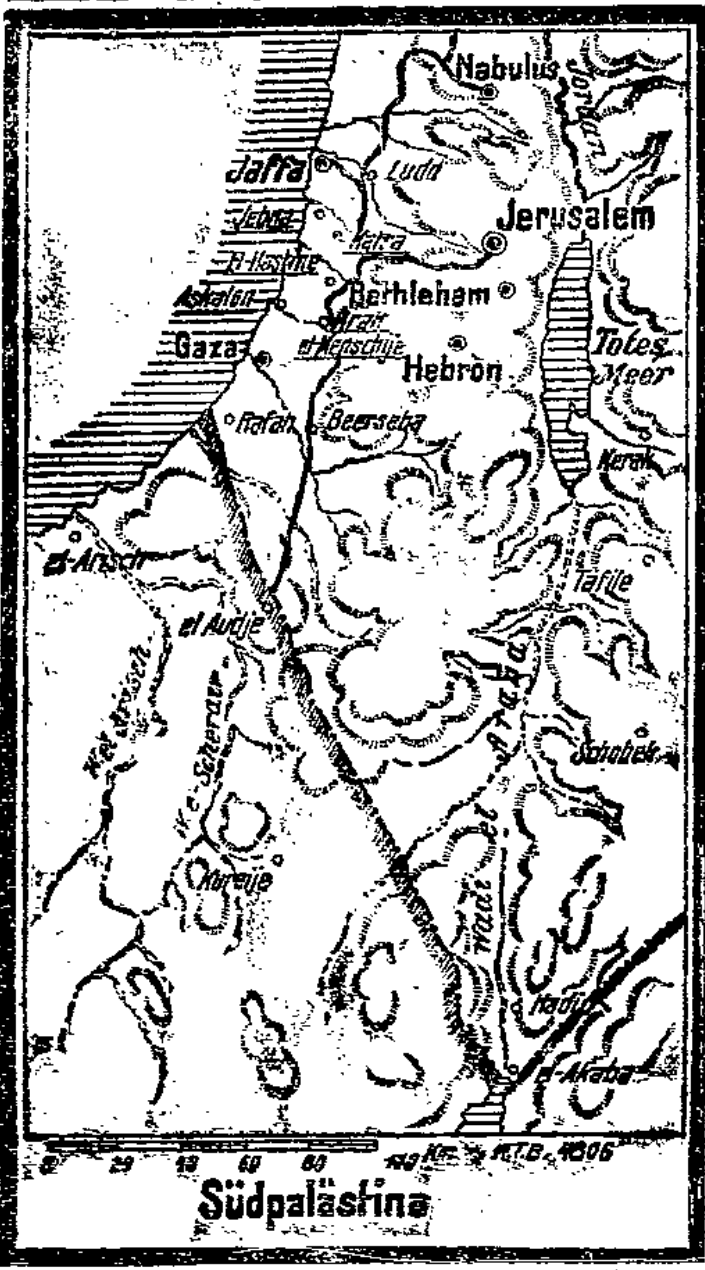
Der „Temps“ meldet, daß das portugiesische Kabinet in Folge der für die Opposition sehr günstigen Ergebnisse der Wahlen demissioniert habe. Kriegsminister de Matos soll mit der Regierungsbildung beauftragt werden. Die Minister des Äußeren, der Kolonien und der Arbeitsminister bleiben. An Stelle der übrigen Kabinettsmitglieder treten Mitglieder der revolutionären und Independenten-Partei.

Zur Vorgeschichte des bolschewistischen Umsturzes.

Der Aufwand der Bolschewiki kann für die provisorische Regierung unmöglich übersehend gekommen sein, denn er ist vorher auf Kosten und in der Petersburger Revolution ausgeübt worden. So teilte z. B. in einer Sitzung des Exekutiv-Ausschusses des allrussischen Rates der Bauerndelegierten vom 11. Oktober der Vorsitzende Prokorski mit, daß in verschiedenen Versammlungen und Meetings des Petersburger Sowjets Aufträge an die Arbeiter ergingen, eine bewaffnete Kundgebung zwecks Übernahme der höchsten Staatsgewalt durch die Sowjets zu veranstalten. Nach langwieriger Debatte wurde der Beschluß gefaßt, einen Aufruf zu erlassen, der nur solchen Kundgebungen warnt.

Am 1. November wurde die Frage des Bolschewiki-Anstandes in einer Versammlung der Regiments-Ausschüsse der Petersburger Garnison diskutiert, die in dem jetzt viel genannten Samolyn-Jahrzeitung stattfand. Im Namen des Zentralausschusses der Sowjets trat das geistige Haupt der Bolschewiki, Dan, allen Blasen auf bewaffnete Kundgebungen entgegen. Tragt, welcher der Versammlung gleichfalls beizustimmen, erwiderte ihm, daß seiner festen Überzeugung nach auf der unmittelbar bevorstehenden Tagung der Arbeiter- und Soldatenräte ganz Russlands die Anforderungen der Bolschewiki den Weg davon tragen würden; nach Schließung dieses Kongresses würden keine Teilnehmer sich über das ganze Land verbreiten und den Bauern sagen: „Kommt ins Kabin auf dem argummentierten Wege in Euren Besitz.“ Dann traten Vertreter der Front auf. Im Namen des Bolschewischen Regiments gab General Gorbatschew die Erklärung ab, daß bewaffnete Offiziere Konterrevolutionäre seien, während das Regiment Bolschewiki gelassen auf dem Boden des bolschewistischen Programms bleibe. Ein Vertreter eines freiwilligen Regiments trat einen Beschluß vor, Truppen vor, der ebenfalls ganz im bolschewistischen Geiste gefaßt war. Besondere Resolutionen wurden noch von vielen Regimenten verlesen. Nur ein einziger Frontsoldat — Vertreter eines Kavallerie-Regiments — sprach gegen die bewaffnete Demonstration.

So haben die Dinge in Petersburg. In Kronstadt sah es nicht viel anders aus. Der Garnison-Ausschuß der Kronstädter Flotte traf einen Beschluß gegen bewaffnete Kundgebungen, die sich in einiger Teilen der Stadt ereignen und die Truppen versammeln, am 1. und 2. November mit dem Befehl zu einer



Rundgebung bereit zu sein; der Garnison-Ausschuß mahnte demgegenüber zur Ruhe und Besonnenheit.

Aus diesen Tatsachen geht hervor, daß der Zustand der Bolschewiki kein Puff war, welcher die Regierung übernahm, sondern von ihr lange erwartet wurde. Offenbar war aber die Bewegung zu stark, als daß sie ihr hätte entgegengetreten können, und es spricht alles dafür, daß eine ganz überwiegende Mehrheit der Fronttruppen auf Seiten der Bolschewiki steht.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die neuen Kriegskredite.

Dem Reichstag ist eine neue Kreditvorlage zugegangen. Es wird gefordert die Summe von 15 Milliarden Mark, die im Wege des Kredites flüssig zu machen ist.

Die Reform des Herrenhauses.

Wie die „Berliner Pol. Nachrichten“ mitteilen können, ist eine berufständische Vertretung der Arbeiterschaft in dem Gesetzentwurf über die Neubildung der Ersten Kammer nicht vorgesehen, da die Arbeiter einen Beruf für sich nicht darstellen, sondern sich über die verschiedenen Berufe verteilen und auch einer amtlichen Interessenvertretung entbehren. Es schweben aber Verhandlungen, um einen Weg zu finden, der zu einer parlamentarischen Vertretung der preussischen Arbeiterschaft im Herrenhause führen soll. — Der Rede Sinn ist etwas dunkel; denn wenn zuerst bestritten wird, daß eine berufständische Vertretung der Arbeiterschaft möglich sei, dann kann sie natürlich auf anderem Wege nicht eingeführt werden. Man wird also erst abwarten müssen, wie der Entwurf eigentlich aussieht.

Tod eines Reichstagsabgeordneten.

Der Reichstags- und Landtagsabgeordnete für Ragnitz-Vilkulden Gutsbesitzer Friedrich Gottschalk-Sauerwalde ist, wie das „Tageblatt für Litauen“ meldet, gestorben. Gottschalk war Nachfolger des verstorbenen Grafen Ranitz, der im Jahre 1912 mit 10 032 Stimmen gegen 6216 nationalliberale und 2964 sozialdemokratische gewählt worden war. Bei der Nachwahl am 23. August 1913 erhielt Gottschalk 977 Stimmen, der Nationalliberale 5993, der Sozialdemokrat 2248 Stimmen. Gottschalk gehörte wie Ranitz der konservativen Fraktion an.

Eine historische Sitzung des preussischen Ministerrats.

Die „Kreuzzeitung“ will es auf keinen Fall gestatten, daß Herr v. Payer auch preussischer Staatsminister wird. Um ihre Ablehnung zu begründen, kommt sie auf den preussischen Ministerrat zurück, in dem die Entscheidung zugunsten des Wahlrechtserlasses vom 11. Juli fiel und erzählt darüber:

„Gegen diesen für die Geschichte Preußens auf alle Zeiten entscheidenden Schritt stimmten damals von den acht jetzigen Ressorts fünf besonders bedeutungsvolle (Finanzen, Finanzen, Kultur, Krieg und Landwirtschaft), während nur drei (Justiz, Handel, öffentliche Arbeiten) diese Maßnahme für erträglich hielten. Auch nach Hinzutritt des Ministerspräsidenten, der gleichzeitig preussischer Minister des Äußeren ist, lehnten also die eigentlichen preussischen Minister das gleiche Wahlrecht mit fünf gegen vier Stimmen ab. Erst durch Hinzutritt der beiden Staatssekretäre Helfferich und Graf v. Koedern, die mit Preußens Gesetzgebung und Verwaltung gar nichts zu tun hatten, wurde die Mehrheit für die Gegenzeichnung des Erlasses vom 11. Juli geschaffen.“

Von den fünf Gegnern des gleichen Wahlrechts haben mittlerweile vier v. Loebell, Penke, v. Trott zu Solz und v. Schorlemer ihren Abschied genommen.

Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus.

Das preussische Abgeordnetenhaus beschäftigte sich am Sonntagabend lediglich mit Initiativanträgen. Zunächst gelangten die bereits der verstorbenen Staatshaushaltskommission überwiesenen Anträge auf Förderung der Fischerei mit einem sozialdemokratischen Zusatzantrag zur Annahme, wonach die Regierung darauf hinwirken soll, daß die Erzeugung der Fischerei allen Teilen der Bevölkerung zu erschwinglichen Preisen zugeführt werden. In der vorausgegangenen Debatte teilte Genosse Braun mit, daß der Minister, der mit den Fischen getrieben wird. Die Vertreter der Regierung waren nicht imstande, seine sachverständigen Ausführungen zu unterstützen. — Ein Antrag der Fortschrittler auf Vorlegung eines Gesetzesentwurfes, wonach den in Staatsbetrieben beschäftigten Arbeitern ein Mitbestimmungsrecht bei der Regelung ihres Arbeitsverhältnisses gewährleistet wird, wurde

auf Vorschlag der Konservativen einer besonderen Kommission überwiesen, ohne daß außer den Antragstellern auch nur ein einziger Redner aus dem Hause zu Wort kam. Untern Genossen wurde dadurch die Möglichkeit genommen, die speziellen Forderungen der Staatsarbeiter zu vertreten; das wird nachgeholt werden, wenn der Antrag aus der Kommission wieder ans Plenum kommt.

Gleichfalls einer Kommission überwiesen wurden verschiedene Anträge, die darauf abzielen, das passive Gemeinewahlrecht auch den Volksschullehrern, Geistlichen, Kirchenbedienten, richterlichen Beamten und Beamten der Staatsverwaltung einzuräumen. Für die Sozialdemokraten stellte sich Genosse Hirsch auf den Boden des Antrages, betonte aber ausdrücklich, daß es sich hier nur um einen ersten Schritt handele und daß seine Freunde die Beteiligung aller, sowohl das passive wie das aktive Wahlrecht einschneidenden Bestimmungen der Städte- und Landgemeindeordnungen wie überhaupt eine Revision dieser Gesetze im freihheitlichen Sinne verlangen.

Schließlich nahm das Haus noch einen konservativen Antrag an auf Hinzuziehung des Handwerks und des Kleinhandels bei der Vorbereitung von Handelsverträgen. — Ein anderer konservativer Antrag auf Wiederaufbau des Handwerks nach dem Kriege und Wiederherstellung der Freigigigkeit des Handels wurden einer Kommission überwiesen. — Die nächste Sitzung findet erst am 28. November statt. Auf der Tagesordnung steht der Bericht der Staatshaushaltskommission über Ernährungsfragen.

Zur Reichstagswahl in Baugen.

Nachdem Großadmiral v. Tirpitz, weil ihm die Trauben zu hoch hängen, die Kandidatur in Baugen abgelehnt hat, ist der konservative Justizrat Herrmann nunmehr diesem Beispiel gefolgt, und schließlich bleibt von den rechtsstehenden Parteien tatsächlich nur die Kandidatur des antisemitischen Glasermeisters Wehlich-Dresden übrig. Die Parteien der Rechten werden sich schließlich für diese Kandidatur erklären, in der Erwartung, auf diese Weise die Wiederherstellung des Burgfriedens zu erzielen. Diese Rechnung muß allerdings fehlschlagen, denn die Sozialdemokratie hat nicht den geringsten Anlaß, etwa ihre Kandidatur zugunsten eines antisemitischen Kriegstreibers zurückzugeben.

Konservative und Vaterlandspartei.

Die „Deutsche Tageszeitung“ macht sich das Vergnügen, immer mit großem Lärm zu verfahren, wenn wieder ein Zentrumsmann der Deutschen Vaterlandspartei als Mitglied beigetreten ist. So wird jetzt konstatiert, daß der Geheimere Oberregierungsrat und Mitglied der Zentrumsfraction des preussischen Landtages, Dr. Boenisch der Vaterlandspartei beigetreten ist. Sorgfältig wird auch die Tatsache registriert, daß eine Versammlung des Vorstandes des Preussischen Bauernvereins beschlossen hat, den Beitritt des Präsidenten dieses Vereins zur Vaterlandspartei zu billigen. — Was Geistes Kinder diese Zentrumsmänner sind, geht wohl am besten daraus hervor, daß sie gleichzeitig einstimmig beschlossen haben, die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen zu mißbilligen. Derart gerichtete Zentrumsmänner passen in der Tat nirgends besser hin, als in die Reihen der Vaterlandspartei!

Bereitnami.

Die Konservativen können es noch immer nicht verwinden, daß sie im Reichstag momentan etwas außer der Reihe gestellt worden sind. Die „Kreuzzeitung“ geht auf diese Frage neuerdings in ihrem Rückblick auf die innere Politik der Woche ein und glaubt feststellen zu können, daß die anderen bürgerlichen Parteien nur von dem Bestreben geleitet worden sind, die Sozialdemokratie unter allen Umständen bei der Stange zu halten, und daß man aus diesem Grunde eine ganze Reihe von Konzessionen gemacht habe, an die sonst nicht zu denken gewesen wäre. Mit der Bildung des Ministeriums Hertling-Payer-Friedberg habe man sogar die Rechte der Krone ganz wesentlich eingeschränkt, und das in Aussicht gestellte Arbeitskammergesetz gehe erheblich weiter als der seinerzeit gescheiterte Entwurf. Daran knüpft die „Kreuzzeitung“ dann folgende Betrachtungen:

„War es nötig, solche Preise zu zahlen? Wir müssen die Frage verneinen. Die Bewilligung der Kriegskredite durch die Sozialdemokratie ist politisch erwünscht, weil das Gegenteil die Hoffnung der Feinde stärken würde; unbedingt erforderlich ist sie nicht, da die große Mehrheit des Reichstags unter keinen Umständen die Verantwortung für die Mehrlosmachung des Vaterlandes mit der Sozialdemokratie teilen würde. Wir glauben auch annehmen zu dürfen, daß die Sozialdemokratie selbst, daß besonders die in ihr arbeitenden gewerkschaftlichen Kreise es sich sehr ernst überlegen würden, ob sie diese Verantwortung um innerpolitischer Gründe willen übernehmen können. Aus gleichen Erwägungen heraus können wir die Streikgefahr, mit der die Politik der Konzessionen von ihren Verteidigern aus dem bürgerlichen Lager begründet wird, nicht so hoch einschätzen. Alle Kenner der Verhältnisse stimmen darin überein, daß, wo bisher einzelne Streiks stattgefunden haben, Ernährungsfragen die Ursache gewesen sind. Die Nachstellung der Gewerkschaften und die finanzielle Lage eines großen Teiles der Rüstungsarbeiter ist zu gut, als daß man sie um politische Gründe willen leichtfertig auf das Spiel setzen würde. Ernstes und entschlossenes Vorgehen gegen Streikheher würde seine Wirkung nicht verfehlen. Vor allen Dingen aber denken wir viel zu hoch von unserer Arbeiterschaft und von dem größeren Teile ihrer Führer, um nicht anzunehmen, daß sie es verstehen und beachten werden, wie jede Stunde der Arbeitseinstellung an der Front Tausenden unserer Bürger Leben und Gesundheit kosten und unser Vaterland der Gefahr tödlichen Einbruchs und endgültiger Niederlage aussetzen kann. Die Gefahr des Verfallens der Sozialdemokratie und der hinter ihr stehenden Arbeiter bei Ausbringung der Kriegsmittel und bei Herstellung des Kriegsmaterials und die Drohung damit ist eine der Gespenster, die in sich zusammenstürzen, wenn man ihnen mit offenem Auge und festem Willen entgegentritt.“

China.

Ministerkrise. Nach einer Havas-Meldung hat der Ministerpräsident seine Entlassung gegeben.

Anterstellung einer Gewerbekrankheit unter die reichsgesetzliche Unfallversicherung.

(Wichtig für in Pulverfabriken beschäftigte Arbeiter.)

Nach § 517 der Reichsversicherungsordnung kann durch Beschluß des Bundesrats die Unfallversicherung auf bestimmte gewerbliche Berufskrankheiten ausgedehnt werden. Der Bundesrat ist berechtigt, für die Durchführung besondere Vorschriften zu erlassen.

Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats durch Verordnung vom 12. Oktober 1917...

Wenn eine nach dem dritten Buche der Reichsversicherungsordnung versicherte Person bei Herstellung von Kriegsbedarf sich eine Gesundheitschädigung durch nitratische Kohlenwasserstoffe...

War der Verstorbene in mehreren Betrieben beschäftigt, welche die im § 1 genannten Stoffe herstellen oder verarbeiten...

Die Verordnung gilt rückwirkend für die seit dem 1. August 1914 eingetretenen Todesfälle.

Ansprüche auf Sterbegeld und Hinterbliebenenrenten, die seit dem 1. August 1914 rechtskräftig abgelehnt worden sind...

Der Reichsanwalt bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieser Verordnung.

Es wäre angebracht, daß die Berufskrankheiten überhaupt der Unfallversicherung unterstellt werden...

Mus Slibed und den Nachbargebieten.

Das Auftrages wegen erscheint die nächste Nummer dieses Blattes am Donnerstag nachmittag.

Die Schraube ohne Ende!

Für Milch und Butter muß der Verbraucher jetzt weit mehr als das Doppelte des Friedenspreises bezahlen.

In der Milchverwertungspresse wird jetzt schon betont, daß die gegenwärtige Preisfestlegung nicht genüge im Hinblick auf die stetige Verteuerung der Milchproduktionsverhältnisse.

Daß die hohen Milchpreise nicht nötig sind und daß dies auch von ehrlichen Landwirten zugegeben wird...

Die Draburger Aderbürger und Landwirte erklärten in einer Versammlung, auf den am 25. September vom Oberpräsidenten festgesetzten Höchstpreis von 31 Pfg. für 1 Liter Vollmilch verzichten zu wollen.

Innerlich ist das auch die Auffassung der meisten Landwirte, aber wo ihnen das Geld so leicht zustießend gemacht wird...

Verkehrsförderung.

Seit Freitag voriger Woche hat in der elektrischen Ueberlandzentrale in Herrenvorf eine große und für die Erzeugung des Stromes wichtige Maschine ihre Tätigkeit eingestellt.

Kun ist aber auch die Lübecker Straßenbahn sehr stark auf die Ueberlandzentrale angewiesen.

Während sonst in ziemlich kurzen Abständen auf den meisten Linien die Wagen verkehrten und vielfach Anhänger mit sich führten...

An den Haltestellen hört man deshalb sehr oft ungehaltene Aeußerungen über den Lübecker Straßenbahnbetrieb...

Abends nach 8 Uhr ist es völlig aus mit dem Straßenbahnverkehr. Dann liegen die Gleise da und verlassen in den weni...

Der amtliche Kriegsbericht.

Westlicher Kriegsschauplatz. Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Der Artilleriekampf in Flandern nahm gestern nachmittag vom Southoukterwalde bis Zandvoerde bedeutend zu.

Auch im Artois, beiderseits von Scarpe, bei Bullecourt und Queant lebte die Geschützigkeit auf.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Nördlich von Soissons und auf dem östlichen Maasufer war das Feuer gegen die Vortage erheblich gesteigert.

Unternehmungen eigener Abteilungen nördlich und östlich von Verdun hatten Erfolg.

Ostlicher Kriegsschauplatz. Keine großen Kampfhandlungen.

Mazedonische Front.

Auf dem westlichen Warbanufer drangen bulgarische Stoßtruppen in die französischen Gräben ein und machten Gefangene.

Italienische Front.

Starke Gegenangriffe der Italiener gegen die von uns erweiterten Stellungen am Nordhang des Monte Tomba führten gestern zu erbitterten Kämpfen.

In der unteren Piave nichts Wesentliches.

Der Erste Generalquartiermeister. Subendorff.

erhaltenen Straßen der Stadt. Da es nur noch ein Mietsauto und fast kein Personenfahrrad mehr in Lübeck gibt...

Wenn dann, wie das in der letzten Zeit oft der Fall war, ein bewölkt, trüber Himmel seine Fruchtbarkeit über dieses Kriegsbild gießt...

Bessere Schulen.

Die Förderung begabter Volksschüler ist durch die Einheitschulbewegung ein gutes Stück vorwärts gekommen.

So erfreulich diese Erfolge der Einheitschulbewegung auch sind, so verfehlt wäre es, wenn man es damit genug sein lassen und annehmen wollte...

Mit der Verwirklichung der Einheitschule im ganzen, so schreibt die „Korrespondenz des Deutschen Lehrervereins“, der wir diese Zeilen entnehmen...

Von einer solchen Umgestaltung des deutschen Bildungswesens haben alle Gewinnt, nicht bloß die durch ihre Begabung irgendwie über den Durchschnitt hinausragenden.

Gehten abend nahm ich meine Schuhe zur Hand. Sie sind das letzte Paar, noch aus verhältnismäßig solidem Leder hergestellt...

Es hat stets ein herzliches Verhältnis zwischen uns geherrscht. Sie haben mich nicht gedrückt und ich habe sie geschont...

Alle Rücksicht hat nichts genützt. Wir müssen uns trennen. Unser schönes Verhältnis geht in die Brüche...

Abschied von meinen Schuhen.

Was in meinen Kräfte stand, habe ich getan. Doch jetzt ist ein Schauer anzukommen, ist schwerer, als eine Aulienz beim Schah von Persien zu erhalten.

Der Bürgerausschuß erklärte sich in seiner gestern abend abgehaltenen Sitzung gutachtlich für den Senatsantrag auf Beschaffung eines zweiten Motorbootes für das Hafenanst. (Kosten 11 500 Mk.)

Die Milchpreise sollen abermals erhöht werden. Mit dieser bedauerlichen Tatsache muß leider unbedingt gerechnet werden.

Das letzte gerade noch. Die Reichsbedienstetelle teilt mit, daß ihren Ausschüssen ein Antrag auf Erhebung von Gebühren für die Ausstellung von Bezugschein vorliegt.

Statistische Monatsübersicht über die Stadt Lübeck im Monat Oktober. Die natürliche Bevölkerungsbewegung war im abgelaufenen Monat folgende...

Was in meinen Kräfte stand, habe ich getan. Doch jetzt ist ein Schauer anzukommen, ist schwerer, als eine Aulienz beim Schah von Persien zu erhalten.

Ich habe an meine braven Schuhe, bevor ich sie in das Dunkel einer Kumpfkammer verpackte, folgende kleine Abschiedsrede gehalten:

Meine lieben Trittlinge! Warum habt ihr bloß auf einmal solche Eile, auch in den Ruhestand zu gehen? Wohl habt ihr eure Pflichten brav und wader getan...

Der Bürgerausschuß erklärte sich in seiner gestern abend abgehaltenen Sitzung gutachtlich für den Senatsantrag auf Beschaffung eines zweiten Motorbootes für das Hafenanst. (Kosten 11 500 Mk.)

Die Milchpreise sollen abermals erhöht werden. Mit dieser bedauerlichen Tatsache muß leider unbedingt gerechnet werden.

Das letzte gerade noch. Die Reichsbedienstetelle teilt mit, daß ihren Ausschüssen ein Antrag auf Erhebung von Gebühren für die Ausstellung von Bezugschein vorliegt.

Statistische Monatsübersicht über die Stadt Lübeck im Monat Oktober. Die natürliche Bevölkerungsbewegung war im abgelaufenen Monat folgende...

Die ersten Hochseefischereiverträge in der Ostsee. Im Interesse der Lebensmittelförderung ist wiederholt auf die dringende Notwendigkeit hingewiesen...

Die ersten Hochseefischereiverträge in der Ostsee. Im Interesse der Lebensmittelförderung ist wiederholt auf die dringende Notwendigkeit hingewiesen...

Die ersten Hochseefischereiverträge in der Ostsee. Im Interesse der Lebensmittelförderung ist wiederholt auf die dringende Notwendigkeit hingewiesen...

Die ersten Hochseefischereiverträge in der Ostsee. Im Interesse der Lebensmittelförderung ist wiederholt auf die dringende Notwendigkeit hingewiesen...

Die ersten Hochseefischereiverträge in der Ostsee. Im Interesse der Lebensmittelförderung ist wiederholt auf die dringende Notwendigkeit hingewiesen...

Die ersten Hochseefischereiverträge in der Ostsee. Im Interesse der Lebensmittelförderung ist wiederholt auf die dringende Notwendigkeit hingewiesen...

Die ersten Hochseefischereiverträge in der Ostsee. Im Interesse der Lebensmittelförderung ist wiederholt auf die dringende Notwendigkeit hingewiesen...

Die ersten Hochseefischereiverträge in der Ostsee. Im Interesse der Lebensmittelförderung ist wiederholt auf die dringende Notwendigkeit hingewiesen...

Die ersten Hochseefischereiverträge in der Ostsee. Im Interesse der Lebensmittelförderung ist wiederholt auf die dringende Notwendigkeit hingewiesen...

Die ersten Hochseefischereiverträge in der Ostsee. Im Interesse der Lebensmittelförderung ist wiederholt auf die dringende Notwendigkeit hingewiesen...

Die ersten Hochseefischereiverträge in der Ostsee. Im Interesse der Lebensmittelförderung ist wiederholt auf die dringende Notwendigkeit hingewiesen...

Die ersten Hochseefischereiverträge in der Ostsee. Im Interesse der Lebensmittelförderung ist wiederholt auf die dringende Notwendigkeit hingewiesen...

Die ersten Hochseefischereiverträge in der Ostsee. Im Interesse der Lebensmittelförderung ist wiederholt auf die dringende Notwendigkeit hingewiesen...

Die ersten Hochseefischereiverträge in der Ostsee. Im Interesse der Lebensmittelförderung ist wiederholt auf die dringende Notwendigkeit hingewiesen...

Die ersten Hochseefischereiverträge in der Ostsee. Im Interesse der Lebensmittelförderung ist wiederholt auf die dringende Notwendigkeit hingewiesen...

Recht Rücksicht auf die Kriegsveteranen! Der Landesausgleich für Kriegsveteranen richtet an die Fahrgäste der Lübecker Straßenbahn die Bitte, wenn die Wagen der Straßenbahn überfüllt sind, oder nicht alle wartenden Personen lassen können, in erster Linie den Kriegsveteranen die Mitfahrt zu ermöglichen und die vorhandene Sitzgelegenheit einzuräumen. Diese selbstverständliche Rücksichtnahme ist bislang in entgegenkommender Weise geübt; die jüngst erfolgte Einschränkung des Straßenbahnverkehrs hat indessen den Andrang zur Straßenbahn so gesteigert, daß die Kriegsveteranen in Gefahr geraten, nicht hinreichend beachtet zu werden und zurückzubleiben müssen.

Im Hanja-Theater gelangt seit Sonntag die große Posse „Die ledige Ehefrau“ mit der Musik von Snaga zur Aufführung. Das lustige Stück fand am Sonntag vor ausverkauftem Hause lebhaften Beifall. Es steht heute und am Donnerstag und Freitag auf dem Spielplan.

pb. Treibriemendiebstahl. In der Nacht vom 19. zum 20. d. Mts. ist von einem Grundstück am Kanal ein Treibriemen, 15 Meter lang, 2021 Zent. breit und 8 Millim. dick gestohlen worden.

pb. Entwendete Stiefel. In der Nacht vom 18. zum 19. ds. Mts. sind aus einem Treibhause einer am Steinbaderweg gelegenen Gärtnerei ein Paar neubefohlene, halbblauere Herrenstiefel und ein Paar fast neue Herrenknöchelstiefel (Schwebenstiefel) Größe 41 gestohlen.

pb. Eigentumsvergehen. Seit Anfang Oktober sind aus einem Zremdenzimmer eines Hauses vor dem Mühlentor zwei Muffen und zwei Pelzbarretts gestohlen worden. — In der Nacht vom 17. zum 18. ds. Mts. sind aus einer Verkaufsstelle der Hanja-Meierei in der Kronforde Allee 102 Butter- und Fettmarken gestohlen worden.

Hamburg. Heber die Demokratisierung Deutschlands sprach in einer im Gewerkschaftshaus abgehaltenen Mitgliederversammlung der drei sozialdemokratischen Vereine der Reichstagsabgeordnete Genosse Landsberg-Magdeburg. Als die nächsten Aufgaben der Demokratie bezeichnete er die Lösung der Wahlrechtsfrage und die Einführung des parlamentarischen Regierungssystems. Weiter müsse die Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung, der die im vorhergehenden Paragraphen gesetzlich gewährte Koalitionsfreiheit fast vollständig illusorisch mache, angestrebt werden, ebenso wie die Gewährung der Koalitionsfreiheit an die Kreise, die sie bisher noch nicht besitzen. Das wichtigste sei der weitere Ausbau des Reichstagswahlrechts. Das Wahlrecht müsse herabgesetzt werden. Nach den Leistungen der Frau im Kriege sei es nicht mehr möglich, ihr das Wahlrecht zu verweigern. Ferner habe das jetzige Reichstagswahlrecht den großen Fehler, daß die Minoritäten nicht vertreten seien; so sei es z. B. nicht beherrschbar, daß die hamburgische Kaufmannschaft die Interessen ihrer Vaterstadt im Reichstag nicht vertreten könne; es wäre wohl angebracht, wenn neben der jetzigen Vertretung der Arbeiterbevölkerung auch die Kaufmannschaft nach dem System der Verhältniswahl einen Mann ihres Vertrauens in den Reichstag senden würde. Das preussische Dreiklassenwahlrecht, der siehert die Reaktion in Deutschland, müsse von der Bildfläche verschwinden. Folgende Entschlüsse wurden einstimmig angenommen: „Die gemeinschaftliche Mitgliederversammlung der drei Hamburger Wahlkreise erklärt sich mit der Forderung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zur Frage der Demokratisierung des Deutschen Reiches einverstanden. Vor allem fordert die Versammlung die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle Wahlen im Reich, Staat und den Gemeinden für Männer und Frauen. Die Mitgliedschaft der sozialdemokratischen Partei Hamburgs kann sich mit der Aufhebung des Klassenwahlrechts für die allgemeinen Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft nicht zufrieden geben, sondern betrachtet dieses nur als eine Abkühlung auf ihre Forderung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts zur Bürgerschaft, wie auch für die Vertretung der Gemeinden im Hamburgischen Staate, nach dem Grundsatz des Verhältniswahlrechts, unter Berücksichtigung aller Privilegienwahlen, baldmöglichst durchzuführen. In der Überzeugung, daß nach Beendigung des Krieges alle Kräfte für den Wiederaufbau des Staatswesens und für die Erfüllung der sozialen Aufgaben gebrauch werden, hält die Versammlung die obigen Forderungen für dringend notwendig. Gleichzeitig fordert die Versammlung die Genossen und Genossinnen auf, die Organisation durch Gewinnung von neuen Mitgliedern zu stärken, da die herrschenden Klassen sich nur durch die Macht der Organisation ein wirklich demokratisches Staatswesen abringen lassen werden.“

Kiel. Mord und Selbstmord. Die Leichtrage ist, wie nachträglich bekannt wird, in den letzten Tagen der Schaulplatz blutiger Vorgänge gewesen. Der aus Rathenow gebürtige Täter, namens Müller, erschoss eine junge Musikerin, das Mitglied einer hier verpflichteten Damenkapelle. Auf Grund der Ermittlungen ist anzunehmen, daß Müller den Mord in später Abendstunden verübt hat, bis zum nächsten Nachmittag bei der Leiche geblieben ist und sich dann selbst erschossen hat. Es wird angenommen, daß Eifersucht die Triebfeder zu dem Mord gewesen ist. Müller war verheiratet und soll in Kiel ein unruhiges Leben geführt haben. — Zwei tödliche Unglücksfälle ereigneten sich am Freitag der vorigen Woche bei der Holfatia-Mühle. Der 70jährige Bodenmeister Heud als Wellingsdorf fiel unbemerkt von dem Bordgang einer Schute in die Schwentine und ertrank. Die Leiche ist am Sonntag morgen geborgen worden. Der zweite Unglücksfall betriff den ebenfalls schon beschriebenen und am Stadtfeldkamp wohnhaften Arbeiter Buchholz. Dieser stürzte von der Brücke in eine offene Schute und starb sofort infolge eines schweren Schädelbruchs.

Mendenburg. Der vierte Sozialdemokrat ist jetzt mit Genossen Winkler in das Stadtverordnetenkollegium eingezogen, nicht der erste, wie es infolge eines Fehlers in der gestrigen Notiz hieß.

Schwerin. Der „hier unbekannte“ Fabrikarbeiterverband. Die Zahlstelle Schwerin des Fabrikarbeiterverbandes hatte zum 10. November eine Mitgliederversammlung einberufen und dies überflüssigerweise dem Schweriner Polizeiamt mitgeteilt mit der Bitte um Genehmigung. Trotzdem gewerkschaftliche Mitgliederversammlungen gar keiner polizeilichen Genehmigung bedürfen, hielt sich das Polizeiamt doch für befugt, dem Abwender des Anmeldebüros folgendes klassische Schriftstück zuzustellen: „Durch Schreiben vom 6. d. M. melden Sie für den 10. d. M. für Schwerin, Gr. Moor 51, eine Mitgliederversammlung der Fabrikarbeiter Deutschlands, Zahlstelle Schwerin, an. Ein Verein: Fabrikarbeiter Deutschlands, Zahlstelle Schwerin, ist hier unbekannt. Danach kann auch eine Mitgliederversammlung nicht in Frage kommen. Die Versammlung darf vor weiterer eingehender Aufklärung nicht stattfinden.“ — So geschahen in der mecklenburgischen Residenzstadt Schwerin im Zeitalter des großen Krieges und der damit verbundenen Neuorientierung.

Friedland. Schwere Bluttat eines Kindes. Der 13jährige Sohn des Wochenschnitlers Pfaff in Mässentin mißhandelte im Stall die Pferde. Der 17jährige Sohn des Kuhfütterers Schulz bemerkte dies, gab ihm eine Ohrpeitsche und ging an seine Arbeit zurück. Mäßig wurde Schulz von dem jungen Pfaff überfallen und erhielt einen Messerstich in die Brust, so daß nach wenigen Minuten der Tod eintrat.

Güstrow. Das Schwurgericht beschäftigte sich abermals mit der Rostocker Landfriedensbruchsache. Es handelte sich jetzt um die am 1. Juli vor und in dem Hause des Badermeisters Warrde verübten Ausschreitungen. Angeklagt sind: 1. die Händlerin Anna Bandel, geb. Körtig, 68 Jahre alt, wegen Brandstiftung und Widerstandes vorbestraft; 2. der Kontorbote Berthold Krüger, Militärinvalide, 25 Jahre alt, wegen Sachbeschädigung und Diebstahls vorbestraft; 3. der Schüler Willi Kund, 13 Jahre alt; 4. der Arbeiter Richard Martens, zurzeit Komantier in Güstrow, 18 Jahre alt; 5. der Fensterputzer Willi Satow, 15 Jahre alt; 6. Frau Johanna Satow, geb. Busse, 42 Jahre alt; 7. der Schüler Willi Tad, 12 Jahre alt; 8. der Arbeiter Albert Weizendorf, 29 Jahre alt, wegen Körperverletzung vorbestraft; 9. Frau Klara Wittowski, geb. Wiemeister, 35 Jahre alt, sämtlich aus Rostock. Frau Satow wurde freigesprochen. Ohne Strafe gingen weiter aus der Schüler Willi Kund, der Fensterputzer Willi Satow und der Schüler Willi Tad, die einer Teilnahme schuldig befunden wurden, denen aber eine Einhaft in ihr Vergehen nicht zugesprochen wurde; sie wurden aber der besonderen Aufsicht ihrer Familie überwiesen. Verurteilt wurden Frau Bandel zu 1 Jahr Gefängnis (der Staatsanwalt hatte 2 Jahre 6 Monate beantragt), der Kontorbote Krüger zu 6 Monaten, der Arbeiter Martens zu 3 Monaten, der Arbeiter Weizendorf zu 10 Monaten und die Frau Wittowski zu 4 Monaten Gefängnis aus § 125, Abs. 2 bezw. Abs. 1 für

die letzte Angeklagte, und unter Annahme mildernder Umstände für alle Angeklagten. Ein Extrazug für eine Jagdgesellschaft. Während Privatleute nicht wissen, wie sie mit ihrem geringen Heizmaterial durch den Winter kommen sollen, scheinen gewisse Verkehrsbetriebe Ueberfluß an Kohlen zu haben, wie folgende Meldung der „Weferzbg.“ bestätigt. Die Betriebsleitung der Kleinbahn Bremerörde-Osterholz hat einigen Herren, die in der Gegend von Bremerörde jagung wollten, einen besonderen Zug von Gnarrenburg nach Bremerörde und dann wieder von Bremerörde nach Osterholz gestellt. Man fragt sich mit Recht, ob so etwas bei dem herrschenden Kohlen- und Wagenmangel nötig war, um so mehr, als durch behördliche Erlasse immer wieder auf Kohleneinsparung hingewirkt worden ist.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 19. November. (Mitteil.) Durch die Tätigkeit unserer U-Boote wurden im Sperrgebiet um England wiederum 14 000 Brutto-Register-Tonnen vernichtet. Unter den versenkten Schiffen befanden sich zwei englische Dampfer, die aus stark gesichertem Geleitzuge herausgeschossen wurden. Der eine Dampfer war bewaffnet. Ein weiterer englischer bewaffneter Dampfer, der ebenfalls aus einem Geleitzuge herausgeschossen wurde, war tief geladen mit Lebensmitteln nach England.

Der Chef des Admiraltäts der Marine.

Saag, 19. November. Wie aus London berichtet wird, sind in der letzten Woche in Portsmouth 1000 russische Soldaten aus Frankreich eingetroffen, die sich weigerten länger an der Westfront zu kämpfen und verlangten, nach Rußland zurückgebracht zu werden. Die englische Regierung hat ihre Zustimmung verweigert und die Russen auf der Insel Wight internieren lassen.

Stockholm, 19. November. Die Auslands-Vertretung der Bolschewiki teilt mit: Der deutsche Genosse Parous überbrachte der Stockholmer Auslands-Vertretung der Bolschewiki die Grüße des Parteivorstandes der deutschen sozialdemokratischen Mehrheit, die sich solidarisch erklärt mit den Kämpfen des russischen Proletariats und dessen Forderungen: sofortige Friedensverhandlungen auf der Basis eines demokratischen Friedens ohne Annexionen und Entschädigungen. Die Bolschewiki-Auslands-Vertretung gab diese Erklärung an das Zentral-Komitee in Petersburg sowie an die Sowjets weiter, gleichzeitig richtete die Auslands-Vertretung an die Vorstände der deutschen Mehrheit und der unabhängigen Sozialdemokraten eine Mitteilung, in der es heißt, die russische Revolution sei in eine neue Phase getreten. Die Arbeiter- und Soldaten hätten die Macht selbst ergriffen und schlugen sofortige Friedensverhandlungen ohne Annexionen und Kontraktionen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes vor. Die Auslands-Vertretung erhielt von Parteien in Frankreich, Deutschland und Oesterreich-Ungarn die Zusicherung, daß das sozialdemokratische russische Proletariat auf kraftvolle Unterstützung rechnen dürfe.

Stockholm, 19. November. Zwei Vertreter der Bolschewiki-Auslands-Vertretung reisten mit einem Sonderzug über Tornea nach Petersburg. Der Auslands-Vertretung wird aus Petersburg hierher berichtet, daß die Solidaritäts-Rundgebungen der sozialdemokratischen Parteien Deutschlands und Oesterreich-Ungarns auf die russischen Arbeiter und Soldaten einen ungeheuren Eindruck machten.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Kömigt. Für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stellung. Verleger: E. H. Schwarz. Druck: Friedr. Neuer & Co. **Gesamlich in Lübeck.**

Bekanntmachung

betreffend den Verkauf von Petroleum.

Das im Monat November auf die ausgegebenen Petroleumkarten entfallende Petroleum muß spätestens am 25. November 1917 abgenommen werden; nach dem 25. November darf auch auf die weissen und roten Petroleumkarten Petroleum nicht mehr vertrieben und entnommen werden.

Sämtliche in der Stadt Lübeck und den Vorstädten einschließlich den eingemeindeten Gebieten wohnende Petroleumhändler haben der Geschäftsstelle des Polizeiamts, Mengstraße 4, bis zum 25. November 1917 schriftlich anzuzeigen, wieviel Petroleum sie noch im Besitz haben. Wer trotz des Verbotes nach dem 25. November 1917 Petroleum abgibt oder entnimmt und wer die Anzeige über seinen Petroleumvorrat nicht rechtzeitig oder nicht mehrheitsgemäß erhebt, wird mit Geldstrafe bis zu 100 Mark oder mit Gefängnis bis zu 3 Monaten bestraft, außerdem wird er von der künftigen Lieferung mit Petroleum ausgeschlossen.

Lübeck, den 19. November 1917. (3659)

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung.

Achtung!

Stalldung

kann sich wieder vom 25. ds. Mts. an abgeben werden, da erstigigend die Störungen beseitigt sind.

Der Ausschuss für Kriegshilfe.

Abteilung Kleingartenbau.

Am Mittwoch, dem 21. November, findet keine Annahme von Obsternen statt.

Am Freitag, dem 23. November, wird die Annahmestelle für Obsternen in gewohnter Weise geöffnet sein, nachmittags von 4—6 Uhr. (3657)

Anna Brüggemann
Jakob Wenzel
Verlobte. (3652)
Lübeck, den 17. Nov. 1917.
Für Geschenke u. Gratulationen dankbar herzlich. D. O.

Zwei mildegebende Ziegen
zu verkaufen. (3651)
Lübeck, 21. November, 1917.

Zwei Kujanga-Schreibbücher der gewöhnlichen Größe zu verkaufen. (3656) **Wettling, Selzerstr. 25**

Gesamt 200 alte Kaiserkrone oder Kränze. (3657) **Angel. u. R. A. Krantz 21**

Kränze und Baketts
zum Dekorieren empfehle ich **Luise Petersen, Lübeckstr. 45**

Für Militärbetrieb werden (3664)

mehrere tüchtige Gesellen

zum Ausbeinen von Schweinen und Rindervierteln, Akkordarbeiter, zum sofortigen Antritt gesucht.

Thüringer Wurst- u. Fleischkonserven-Fabrik

August Scheere, G. m. b. H., Lübeck.

Herzfl. Sonntagsdienst

am Sonntag, 21. Novbr.: (3655)
Dr. Reddinga, Geibelplatz 1
Dr. Pse, Friedemannstr. 14.
Dr. Ad. Christern, Fed. Allee 15.

Achtung!

Kleingemachtes Holz

zum Anzeigen v. Sach N. 270
Kleine Grövelgrube 12.
Bitte Besellungen nachmittags.

Hansa-Theater.

Heute
abends 7 Uhr: (3640)

Die ledige Ehefrau.

Mittwoch, den 21. November:
Keine Vorstellung.

Deutscher Flottenverein.

Landesverband Lübeck.

Am Samstag, dem 24. November 1917, abends 7 1/2 Uhr:

Lichtbildervortrag

im Marmorfaal
des Herrn Conteradmiral Recke-Berlin
über
Hochseeflotte und U-Boote.
Mitglieder haben freien Eintritt, deren Angehörige und Gäste zahlen 30 Pfg.
Besetzung in den Zigarrengegeschäften von **Otto Borchert**, Breite Strasse und **Fr. Nagel**, am Markt. (3663)

Kranken- u. Sterbekasse gewerblicher Arbeiter.

Die außerordentliche Generalversammlung mit der Tagesordnung: 1. Abänderung des § 8 Abs. 5 und § 11 Abs. 1, sowie der §§ 12 und 13 Abs. 1 der Satzung, 2. Antrag des Vorstandes und Aufsichtsrats über eine event. Erhebung eines 14. Wochenbeitrages im Vierteljahr, welche am Montag, dem 19. November laut Bekanntmachung stattfand, war nicht beschlussfähig; es findet deshalb eine

Versammlung

mit obiger Tagesordnung
am Donnerstag, d. 22. Nov. 1917, abends 8 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50-52

statt. Diese Versammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der Anwesenden beschlussfähig.

Mitgliedsbücher sind vorzuzeigen. Der Vorstand. (3662)

Glascheiben

aller Art off.
D. Landnis, Glashandlg.,
Fleischhauerstr. 35, Fernr. 2808 (3661)

Zum gemütlichen Skatabend

am Mittwoch, dem 22. d. Mts.
bei unterm
Statoruder Bentzien, Hüftr. 44
werden Skatblüder freundlich
eingeladen. Anfang 4 Uhr.
3653 Der Skatclub Lübeck.

Stadttheater.

Dienstag, den 20. Novbr. 1917
Anfang 6 1/2 Uhr

Aida.

Mittwoch, den 21. Nov. 1917:
Geschlossen (Bußtag).
Donnerstag, d. 22. Nov. 1917:
Anfang 7 Uhr:
2. Vorstellung der Lübecker
Schauspielgemeinde:

Lübecker Schauspielergemeinde.

Donnerstag, 22. Novbr. 1917
Zum zweiten Male:
„Das Nürnbergisch Ei“
Nur gelbe Karten haben
Gültigkeit. (3668)

Das Nürnbergisch Ei.

Nur gelbe Karten haben
Gültigkeit.
Freitag, den 23. Novbr. 1917:
Anfang 7 Uhr:

Mignon.

Die Göttinger Sieben.

(Ein Wort zum Gedenken an deutsche Reaktion.)

Wichtig Jahre sind verflossen, daß ganz Deutschland in tiefste Erregung gebracht wurde durch einen Gewaltstreich des Königs von Hannover gegen sieben Männer von höchstem wissenschaftlichen Ruf. Bis 1836 war Hannover durch 123 Jahre von englischen Königen regiert worden. Nach dem Tode Wilhelm IV. wurde die achtzehnjährige Prinzessin Victoria Königin von Großbritannien und Irland, da aber in Hannover die Töchter, wenn auch nächste Agnaten, nicht erbfolgeberechtigt waren, so löste sich das Band zwischen Hannover und Großbritannien und Ernst August wurde König von Hannover. Obgleich er aus dem Lande der Parliamentsherrschafft auf deutschen Boden verpflanzt wurde, empfand er die hannoversche Verfassung als ein Hemmnis seiner königlichen Gewalt. Seine erste große Tat war der Verfassungsbruch. Am 28. Juni 1836, acht Tage nach dem Tode Wilhelms IV., trat Nachfolger Ernst August in Hannover ein; er versicherte dem ihn beglückwünschenden Stadtdirektor Ruhmann, der zugleich Präsident der Zweiten Kammer war, daß er den Hannoveranern ein gerechter und gnädiger König werde. Wie es sich für ein treues Volk schickt, war der Jubel über diese Erklärung in Hannover sehr groß. Desto unerwarteter kam am 29. Juni, also gleich am Tage nach der Ankunft des neuen Königs, das das Parlament vertagende Schreiben: „Wir finden uns bewogen, die hiesig selbst verfaßte Verfassung, die wir verbleiben euch mit geneigtem und gnädigem Willen beigetant Ernst August.“ Bald darauf wurde ein Patent veröffentlicht, worin es heißt, daß das Staatsgrundgesetz den darauf gerichteten Wünschen nicht entspreche und daß Ernst August in dem ihn weder in formeller noch materieller Hinsicht bindenden Staatsgrundgesetz eine hinreichende Gewähr für das dauernde Glück der Hannoveraner nicht finden könne. „Inzwischen ist es fern von Uns, Unsere königliche Entschliessung über diesen höchwichtigen Gegenstand von der sorgfältigsten Prüfung aller dabei in Betracht zu ziehenden Verhältnisse zu fassen.“ Die auf das Staatsgrundgesetz vereidigten Staats- und Kabinettsminister wurden zur Kontrahierung des Patents nicht herangezogen, der König hatte den Geheimen Rat v. Schele als Staats- und Kabinettsminister berufen und die Verpflichtung desselben auf das Staatsgrundgesetz aus dem Eide eigenhändig gelöst. Dieser hat darauf das Patent unterzeichnet. Die andern Minister, auch der Vater der Verfassung, der Geheimrat v. Schöningh, hatten das geduldet, ohne ihren Abschied zu fordern. Sie haben nicht, wie es in ihrem früheren Dienste hieß, „das Maul aufgetan, um den Fürsten von ungerechtem Beginnen und unbilligem Handeln abzumahn.“ Sie hatten ihre Verpflichtung dem Volke gegenüber nicht erfüllt und nicht den Versuch gemacht, dem Lande ein großes Unglück zu ersparen. Sie wollten beweisen, daß sie Fürstendiener sind und bleiben wollten.

Das Patent vom 5. Juli erweckte unaufhörliche Bewegung unter den Gebildeten im ganzen Lande. Mochte man das Staatsgrundgesetz noch so kühl aufnehmen. Über die Wirksamkeit der Ständeversammlung noch so leichtfertig abgeurteilt haben, so fühlte doch jeder, was es zu bedeuten habe, wenn ein einziges königliches Wort den ganzen öffentlichen Rechtszustand auf den Kopf stellt, willkürlich das Werk vernichten dürfe, das mit so großen Anstrengungen geschaffen war. Der König wollte sich, da er mit einer Schuldenlast von mehreren Millionen Talern aus London nach Hannover gekommen war, der lästigen ständischen Finanzkontrolle entziehen. Er identifiziert Couraen und Staat als ein recht verspäteter Ludwig XIV. Der Adel sollte gekauft werden, indem die Ablassungsordnung zurückgenommen würde, die Staatsdienerschaft fühlte sich unsicher, sie war der Heberzeugung, daß sie im Falle des Umsturzes der Rechtsordnung jeder Willkür preisgegeben sei. Die Hoffnung, daß der König seinen Fehler einsehen

werde, gewann Nahrung durch das unfreundliche Echo, das seine Maßnahmen in England fanden. Desto ärger war die Verstimmlung, als am 1. November 1837 das königliche Patent erschien, das das Staatsgrundgesetz für erloschen, die vertagte Ständeversammlung für aufgelöst, sämtliche königlichen Diener von ihren auf das Staatsgrundgesetz geleisteten Eiden entbunden erklärte. Daneben wurde natürlich den Untertanen versichert, daß „die Gefühle Seiner Majestät für sie die eines Vaters für seine Kinder seien.“ Schließlich wurden Uebelgesinnte gewarnt, durch ihre Handlungen Seine Majestät nicht in die traurige Notwendigkeit zu versetzen, die ganze Strenge des Gesetzes gegen sie in Anwendung zu bringen. Alle Minister, die die Verfassung den Eid geleistet hatten, blieben trotzdem im Dienste, wenn sie auch ihres Amtes als Kabinettsminister entsetzt wurden. Nicht die Verfassung, die sie beschworen, nicht einmal das Amt, bloß die Genüsse des Amtes waren getrotzt. Der Eindruck, den das Patent im Lande machte, ist nicht zu beschreiben. Der große Geschichtsschreiber Dahlmann, der Professor an der Göttinger Universität und Abgeordneter war, versicherte, nie in seinem Leben einen zerschmetternden Schmerz empfunden zu haben. Schmerzensausbrüche der mannigfaltigsten Art, gesteigert bis zur Wut, waren im Lande zu beobachten.

Nicht bloß die gesetzliche Ordnung, die Möglichkeit sogar, irgend eine andere auf gesetzlichem Wege wieder aufzubauen, war mit einem Schlage vernichtet. Der Glaube der Hoffnungslosesten war dahin.

Der 15. November wurde zum Empfang von Deputationen bestimmt, die den König zur Thronbesteigung beglückwünschten sollten. Den Deputationen der Ritter usw. wurde überdies gestattet zu verhehlen, daß man sich auf eine hohe Gratulation nicht beschränken dürfe. In der Tat nahen sich diese dafür her, in allgemein unbestimmter Ausdrücken eine Art Zustimmung zu der Aufhebung des Staatsgrundgesetzes zu erklären; aber nicht alle waren so liebevoll. In Göttingen beriet man, ob die Universität nicht etwas tun solle. Es gab da freilich eine Anzahl Professoren, die von vornherein erklärten, mit der Politik nichts zu schaffen zu haben. Die große Mehrzahl aber sagte unumwunden aus, daß sie das Patent für rechtsungültig und eine Entbindung von dem Eide nicht für zulässig halte. In der ersten Reihe hatten, wie Jakob Grimm berichtet, die vornehmsten und besten Köpfe des Landes sich durch die Reinheit des ersten Einstandes emporgehoben. Dann aber kamen die Männer, die sich stolz und vorlaut genug und von ihrer eigenen Größe und Wichtigkeit eingenommen, die jede Ungnade in den Augen des Herrschers als das unerträglichste Unrecht betrachteten. Aber es gab in der Tat auch noch Männer in Göttingen, die, obwohl sie einsehen, daß sie sich in der verringerten Anzahl größerer Gefahr preisgeben, als wenn die Mehrzahl der Universität sich erklärte, den Eid nicht zu leisten, das Eis des Schwere zu brechen, diesen Muth hatten, wie Jakob Grimm sagt, „hart und kühnlich das ganze Land überzogen hat.“ Es waren sieben Göttinger Professoren, der Ruhm der deutschen Wissenschaft jener Zeit die sich zur Tat entschlossen hatten. Jakob und Wilhelm Grimm, die Begründer und gewaltigen Werkmeister der deutschen Sprachwissenschaft als Sammler der deutschen Märchen bis in die Kinderstube geliebt, der Verfasser der berühmten hebräischen Grammatik Albrecht ein hervorragender Lehrer des Rechts, Gervinus, der berühmteste deutsche Literaturhistoriker jener Zeit, Weber, ein Naturforscher europäischen Rufes, und Dahlmann, ein großer Historiker und Theoretiker der Politik. Mit dem Schriftstück, das sie unterzeichnet hatten, übten sie großen Einfluß als Kanonen es tun können. Millionen von Menschen haben sie das Bewußtsein der schweren Unrechtthat, die an dem Staate verübt wurde. Sie retteten den Glauben an die Heberzeugungstreue und Opferfähigkeit. Sie beharrten auf dem Eid, den sie in der Verfassung geleistet hatten und schlossen ihre Verwahrung gegen die Entbindung vom Eide mit dem Satz:

„Aber das ganze Gelingen ihrer Wirksamkeit beruht sicherer auf dem wissenschaftlichen Werte ihrer Lehren, als auf ihrer persönlichen Unerschrockenheit. Sobald sie vor der studierenden Jugend als Männer erscheinen, die mit ihren Eiden ein lehrreiches Spiel treiben, ebenjohald ist der Segen ihrer Wirksamkeit dahin. Und was würde Sr. Majestät dem König der Eid unerer Treue und Huldigung bedeuten, wenn er von solchen ausginge, die eben erst ihre eidlische Versicherung freventlich verlegt haben?“

Abdrücken der Erklärung wurden im ganzen Lande verbreitet. Schon am zweiten Tage explodierten mehr wie tausend Abdrücken, die über ganz Deutschland verschickt wurden. Das Kuratorium der Universität ermahnte die Sieben, die Gefahr zu beherzigen, welcher sie durch eine Erklärung sich selbst und die günstige Stellung, ja selbst das Wohl und den Flor der Universität aussetzen. Dahlmann erwiderte privatim: „Sollen Albrecht und ich künftig als den höchsten Grundgesetz des Staatsrechts vortragen, Gesetz sei, was der Macht gefällt?“

Kein anderes Ereignis der inneren deutschen Politik hatte bis dahin so allgemeines Interesse erregt: Es machte die Kunde in Deutschland, überall aufregend, überall erschütternd, überall den stillen Jörn der Masse in Klammern legend.

In Hannover war man überrascht, man hatte am Hofe dem „Hedernieh in Göttingen“ solche Courage nicht zugehört, aber man dachte sie zu demütigen. Gegen die Sieben wurde ein hochnotpeinliches Verfahren eingeleitet, sie wurden entlassen, mittels Zwangspässen wurden Dahlmann, Jakob Grimm und Gervinus über die Grenze gebracht. Und auch jenseits der Grenze mußten sie Verfolgungen erleiden. Selbst Blut floß in Göttingen, als die Studenten demonstrierten.

Mit allgemeiner Enttäufung wurde die Entlassung der Sieben in Deutschland aufgenommen. Eine Geldsammlung wurde veranstaltet, um die Sieben für den Ausfall ihres Gehalts schadlos zu halten.

Ernst August ließ sich durch das öffentliche Urteil nicht anfechten, er machte an der Tafel in Gegenwart von Alexander v. Humboldt die brutale Aeußerung: „Professoren, Kurzen und Postkammerherren kann man für Geld überall haben!“ Dem Stadtdirektor Ruhmann und dem Magistrat von Hannover gab er auf ihre Verstellung den Befehl, daß sie Eide leisten.

Über Ernst August blieb doch der Verurteilte. Der Schritt der Sieben fand die allgemeinste Zustimmung in Deutschland. Unter den Erwerbungen des politischen Bewußtseins, das den großen Kampf gegen die Reaktion im Jahre 1848 vorbereitete, ist die Tat der Sieben Göttinger eine der bedeutendsten.

Ernst August ist vergessen im deutschen Volke, die Tat der Sieben bleibt unvergessen.

Krawalle in Zürich.

Die schweizerische Depeschenaentwurf meldet aus Zürich vom 12. November: Am Sonnabend abend fand vor dem Festsaal in Zürich eine Kundgebung statt, wo die Führer der pazifistischen, gegen die Militärischen abtrüben gerichteten Kundgebung zu Wort kamen. Mehrere tausend Personen nahmen daran teil. Es kam zu mehreren Ausschreitungen, die Polizei war blank und mußte mit Revolvern, Sarrikaben und viele Fernwunde. Eine Maschinenabwehrabteilung überhorte den Platz mit blinden Schüssen. Ein Uhr nachts trat Ruhe ein. Bis 2 Uhr mittags sind sechs Tote als Opfer des Somers-Krawalls festgesetzt, zwei Männer, deren Namen noch nicht bekannt wurden, und ein Polizist. Ein Kaufmann wurde 30 Verwunden erkrankt. Truppen verließen den Ordnungsdienst auf dem Helbera-Platz und in der Rabenerstraße, wo Ausschreitungen erfolgten. Im Laufe des Sonntags rückten

Die Rheider Burg.

Erzählung von Levin Schilling.
7. Fortsetzung.
„Eine Weile geht das nun gut, und wir sind schon dicht an der Brücke, die vor dem Kloster über den Bach führt. Siehe, da kommt der gottselige Mann, der Vater Kellner daher und fragt uns demütig: Wohin wollt ihr denn mit den Tonnen, lieben Leute?“
„Ehrwürdiger, sag' ich, wir sollen die Tonnen nach dem Borsbau bringen, wohin alsbald der Fuhrmann sie abzuholen kommen wird. Der Herr Abt hat's uns so befohlen.“
„So sagt der Vater Kellner, sollen sie abgeholt und wieder gebracht werden? Es ist recht Matthis, aber sie werden led geworden sein. Sie müssen erst ins Wasser, damit sie quellen, die trocknen alten Fässer; sonst werden sie leden. Holt sie mir einmal da in den Bach hinein, lieber Matthis.“
„Um Gotteswillen, Ehrwürden, jagte nun Claus Fetzjünster erschrocken, in den Bach dürfen wir sie nicht werfen — dann, dann...“
„Nun, was dann, guter Bruder Nikolaus?“
„Dann schwimmen sie weg, sag' ich, da ist sehe, daß Fetzjünster nichts Besseres einfällt.“
„Die schwimmen nicht weg, jagt der Vater Kellner, und indem legt er selbst Hand an die eine Tonne und gibt ihr einen derben Stoß, das Bachufer herunter.“
„In demselben Augenblick aber läßt sich ein wunderbares Getöse aus dem Innern der Tonne hören und gleich darauf zert und schreit es auch aus der zweiten Tonne heraus — ganz lässlich und erbärmlich. Ich springe der Tonne nach und halte sie an, noch ehe sie ins Wasser geplumpft ist, und der Vater Kellner jagt ganz stille lächelnd: Ei, ei, es will mich bedünken, als ob aliquid vivum in den Tonnen läge. Unser hochwürdigster Vater und Abt hat vielleicht ein Wunder getan und in seiner leeren Fässern ein paar Schutzengelchen verpuppt, daß sie sie ihm hüten!“
„Und dabei schlägt er mit der Faust den oberen Deckel der Tonne ein, der nur ganz lose eingeklebt war, und heraussteigen mit blutrottem Gesicht und müden Miene die beiden verpuppten Schutzengel des Abts.“
„Richtig, so ist es! jagt der Vater Kellner ganz ruhig. Daß aber die andern Konventsbrüder auch nicht weit waren, könnt ihr euch denken, und wie sie herbeisürzten und welchen Standal es gab!“
„Spielberend lachte, auch der Deserteur ließ ein Lächeln über seine ersten Züge gleiten.“
„War es dasumal, daß ihr beiden aus dem Kloster weggejagt wurdet?“ fragte der Spielmann dann.

„O noch lange nicht,“ versetzte der Lügenhüster. „Wir sind noch lange dageblieben und haben noch lange in der Klosterküche gelernt, bis wir endlich eben zuviel wußten und um die Ecke gebracht wurden. Nicht wahr, Fetzjünster, wir haben noch mehr erfahren?“ legte er lachend hinzu.
Claus Fetzjünster bestätigte des Lügenhüsters Versicherung mit einem wiederholten lebhaften Kopfnicken, und während er an seinen Töpfen tätig blieb, ließ er allerlei einzelne Worte fallen, welche ebensoviele Andeutungen an alte gemeinsam erlebte Geschichten waren und jedesmal den Schuster hell aufwachen machten. Weniger anziehend war diese hieroglyphische Art der Unterhaltung für den Spielmann und den Deserteur, welcher letztere namengeblich es bedeutend vorgezogen haben würde, wenn das Gespräch eine Wendung genommen hätte, die ihm erlaubte, sich über den Ort, wo er sich befand und über die Verhältnisse der jungen Dame zu unterrichten, welche seine Helferin geworden.
„Und seit Euch um all der Späße wegen, danon Ihr redet, die Mönche weggeschickt haben,“ sagte er endlich zu dem Schuster gewendet, „seid Ihr hier in diesem alten Kastell Hofschuster geworden?“
„So etwas.“ antwortete Matthis. „Ich komme alle Vierteljahr einmal, um zu sehen, was bei Freund Claus neu zu beschaffen ist.“
„Ihr wandert also aufs Handwerk?“
„Nach Landesbrauch.“
„Und wenn das der Matthis nicht könnte, wie hielt er's dann aus,“ fiel der Spielmann ein, „wenn er nicht seine Geschichten von Haus zu Haus tragen könnte, so wüßte er ja nicht zu bleiben damit!“
„Weiß er denn, wenn er solch ein Geschichtenerzähler ist, nicht auch eine Geschichte von diesem Hause hier?“ fragte Johannes.
„Es sieht wohl danach aus, als ob etwas drin vorgefallen sein könnte!“
„Es ist auch schon mancherlei drin vorgefallen,“ versetzte der Schuster, „aber das gehört in Spielberends Fach mehr als in meins. Ich habe die lustigen Geschichten lieber, und er die, wobei's einem die Gänsehaut zusammenzieht.“
„Und solche Geschichten sind hier vorgefallen?“
„Er lügt wieder, der Schuster,“ versetzte der Spielmann, „er lügt eben alles, was er sagt. Er hat noch von der Pfalzgrafenzzeit her ein Privilegium darauf.“
„Dem aber gehört es denn, das alte Kastell hier, und weshalb ist's so verlassen und verlassen?“ fuhr der Deserteur fort.
„Ja, wem gehört's! Claus Fetzjünster, weißt du's?“
Claus Fetzjünster schüttelte den Kopf.
„Den Herren Franzosen wird's wohl gehören,“ jagte er, „denen gehört ja jetzt alles, was sie gebrauchen können.“

„Soviel ist wenigstens gewiß, wenn's denen nicht gehörte, so würde es dem Herrn Ritterhauken oder der Mamfell Sibylle gehören,“ jagte der Schuster. „Sie sollen gewaltig darüber ausgelesen sein, es zu kaufen, als der alte Herr von Hudarde den Hals gebrochen hatte und sein Sohn so plötzlich verschwunden war.“
„Den Hals gebrochen — plötzlich verschwunden,“ fiel der Deserteur ein, „kannnt Ihr denn nicht erzählen, wie das zugegangen ist?“
„Mir denkt, es ist ebenso unterhaltend, wie Eure alten Klostergeschichten.“
„Mir es zugegangen ist — ja, Kamerad, um das zu erzählen, müßte man's eben wissen,“ jagte Fetzjünster.
„Und wußt Ihr's auch nicht?“ wandte sich Johannes an den Spielmann.
„Was ich davon weiß, will ich Euch sagen,“ antwortete dieser.
„Sagt, es war ein alter Herr von Hudarde hier im Lande, der hatte hübsche Güter gehabt, und es waren immer angesehen, vornehme Leute gewesen, die Hudarde. Aber sie hatten wohl in alten Zeiten, schon zu Kurfürst Johann Wilhelm's Tagen, immer mehr Geld gebraucht, als sie einnahmen, und waren auf diese Art in ihrem Wesen zurückgekommen. Unser Herr von Hudarde hatte dazu auch schlechte Zeiten erlebt, viel Nigwachs und Hagelschlag auf seinen Feldern und eine fränkische Frau, die sich der Wirtschaft nicht annehmen konnte, und so war er immer tiefer hineingeraten und hatte endlich alle seine andern Güter verkauft, um herauszukommen, und nur die Rheider Burg, wo seine Voreltern seit unendlichen Jahren darauf gesessen, die hatte er behalten. Da wohnte er nun still und ruhig, wie er denn ein in sich gefehrter Mann war, der von Welt und Menschen nicht viel hielt und zufrieden war, wenn man ihn in Frieden ließ. Seine Frau starb hier in der Burg, und er war nun ganz allein mit seinem einzigen Sohne Robert, der ein wilder, fecker Junge war und ihm viel Geld kostete, solange er ihn auf Säulen und auf Reizen drauzen hatte. Das ging aber nicht lange so fort; der Robert mußte heimkehren und schlug nun unserm Herrgott die liebe Zeit tot, hier bei dem Alten auf der Burg.“
„Nun liegt dort unten am Wasser der Hammer, den Ihr wohl gesehen habt, der Rheider Hammer, der dem Herrn Ritterhauken gehört, und der Hammer ist gebaut auf Grund und Boden der Burg, in alten Zeiten schon. Der Hammer mußte auch alljährlich an den Herrn von Hudarde einen Kanon zahlen oder Grundgeld, wie man auch sagt, zehn Taler bergisch Geld.“
„Als nun der Ritterhauken einmal hier oben bei dem alten Herrn ist, um seinen Kanon zu bezahlen, jagt ihm der von Hudarde: Mein lieber Ritterhauken, wie werden wir es nur haben, wenn die Hammerbesitzung, die Sie von uns in Erbschaft haben, mit Ablauf der nächsten Jahre paßlos wird und an mich zurückfällt?“

(Fortsetzung folgt.)

